

## West- und Zentralafrika

### Dauerhaft instabil

**An den schwierigen Ausgangsbedingungen hat sich in den vergangenen Jahren in West- und Zentralafrika nichts verändert. Auch die regionalen Durchschnittswerte stagnieren. Wer jedoch genauer hinschaut, entdeckt große Veränderungen auf Länderebene – und einen historischen Negativrekord.**

Die Gesamtschau auf die Region unterstreicht die Befunde vorangegangener BTI-Untersuchungen. Im Bereich der politischen Transformation bewegt sich West- und Zentralafrika im Vergleich zu anderen Regionen mit 5,28 Punkten unverändert etwa im Mittelfeld – wobei Westafrika auf dem Weg Richtung Demokratie grundsätzlich weiter fortgeschritten ist als Zentralafrika. Ebenfalls unverändert gilt: Die politische Transformation fällt positiver aus als die ökonomische Entwicklung. 4,31 Punkte im Durchschnitt machen West- und Zentralafrika zur ökonomisch rückständigsten Region des BTI. Insbesondere der vielerorts nichtexistente Sozialstaat sowie eine hohe Armutsrate müssen dabei Anlass zur Sorge geben. Die Kluft zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Transformation zeigt sich auch im Hinblick auf die Zuordnung zu den jeweiligen Kategorien. So sind neun der 18 Länder West- und Zentralafrikas Demokratien, eine voll entwickelte oder zumindest funktionsfähige Marktwirtschaft ist jedoch nicht unter ihnen.

Angesichts der enormen strukturellen Probleme und einer jüngeren Vergangenheit voller gewaltsamer Umstürze und Bürgerkriege verwundert es nicht, dass der BTI den Regierungen West- und Zentralafrikas beim Transformationsmanagement den durchschnittlich höchsten Schwierigkeitsgrad aller untersuchten Regionen zugutehält. Insbesondere die Konsensbildung nach Konflikten gleicht zuweilen einer Quadratur des Kreises. Zugleich relativieren verbreitete Notlagen die wenigen recht hoch eingeschätzten Regierungsleistungen, insbesondere im Bereich der internationalen Kooperation. Und selbst die großen strukturellen Herausforderungen, vor denen viele Regierungen in der Region stehen, können nicht das nahezu vollständige Regierungsversagen der Autokratien in der Demokratischen Republik Kongo, im Tschad sowie in der Zentralafrikanischen Republik rechtfertigen. Sie finden sich in unschöner Regelmäßigkeit am Ende der BTI-Ranglisten.

Dass jedoch ein Land wie Mali im Bereich der politischen Transformation nur auf Platz 90 der insgesamt 129 Länder des BTI rangiert, hätten wohlmeinende Beobachter noch vor zwei Jahren für unmöglich gehalten. Wer sich für die Schattenseiten der vermeintlichen „Musterdemokratie“ interessierte, ist weniger überrascht. Das Ausmaß der Verschlechterung indes ist beispiellos: 2,90 Punkte hat Mali in der Beurteilung seiner demokratischen Transformation eingebüßt – so viel wie noch kein Land in der Geschichte des BTI. Mali ist damit nur das jüngste Beispiel für die hohe Volatilität der Transformationsprozesse in West- und Zentralafrikas insgesamt.

Dies gilt auch für die Côte d'Ivoire, erfreulicherweise aber in entgegen gesetzter Richtung. Im Untersuchungszeitraum des BTI 2012 noch inmitten eines Bürgerkriegs gefangen, hat das Land seitdem – wenn auch auf bescheidenem Niveau – eine ermutigende Entwicklung durchlaufen. 1,90 Punkte sind Ausdruck dafür. Positive Tendenzen zeigen auch der Senegal und – mit deutlichen Einschränkungen – Nigeria.

Eine Reihe von Ländern treten dagegen auf der Stelle. So konnten Guinea, Mauretanien und Togo ermutigende Ansätze zur Transformation in den vergangenen zwei Jahren nicht weiter ausbauen. Auch Ghana – in praktisch allen Indikatoren regionaler Spitzenreiter – stagniert, wenn auch auf höherem Niveau. Die mittelfristig spannendste Frage hier lautet: Gelingt dem Land ein intelligenter, sozial verträglicher Umgang mit den Einnahmen aus der 2011 begonnenen Erdölförderung, oder wird es wie so viele Länder Afrikas zum Opfer des „Ressourcenfluchs“?

Auf dem Gebiet der marktwirtschaftlichen Transformation ist insgesamt wenig Bewegung zu erkennen. Positiv ist hier immerhin zu konstatieren, dass die internationale Finanzkrise die Region nicht sehr intensiv getroffen hat und auch kaum Nachwirkungen zu haben scheint. Zugleich führt der BTI 2014 unmissverständlich vor Augen, dass die Beschwörungen der „afrikanischen Löwen“ derzeit noch fern jeder Realität sind. Nicht einmal zweistellige Wachstumsraten in einigen Ländern können darüber hinwegtäuschen, dass die Region von einer stabilen marktwirtschaftlichen Ordnung weit entfernt ist.

Nicht auszuschließen ist zudem eine zusätzliche Destabilisierung durch religiösen Fundamentalismus. Bei aller gebotenen Differenzierung ist zu konstatieren: In Teilen der Region hat der militante Islamismus Fuß gefasst.

## Politische Transformation

### Radikale auf dem Vormarsch?

**West- und Zentralafrika erweist sich wieder als eine Region extremer Fluktuation: So steht der deutlichen Verbesserung in der Côte d'Ivoire ein historischer Demokratieverlust in Mali gegenüber. Im Durchschnitt ergibt sich ein mittlerer politischer Transformationsgrad, der angesichts der überaus schwierigen Transformationsbedingungen und geringen sozioökonomischen Entwicklung durchaus bemerkenswert ist.**

18 Länder umfasst die BTI-Region West- und Zentralafrika. Neun von ihnen führt der BTI als Autokratien, die andere Hälfte als Demokratien. Ohne Einschränkungen gilt dieses Etikett jedoch nur für Ghana, wo nach dem Tod des Präsidenten Atta Mills im Jahre 2012 erneut ein verfassungsgemäßer und weitgehend störungsfreier Übergang gelang. Weiterentwickelt hat sich auch der regionale Demokratie-Spitzenreiter nicht, rangiert aber mit 8,30 Punkten unter den Top 20 weltweit.

Im Fall der regionalen Aufsteiger lohnt ein differenzierter Blick. So verzeichnet die Côte d'Ivoire (+1,90 Punkte) den zweitgrößten Zugewinn im Bereich der politischen Transformation weltweit, doch ist dieser Erfolg momentan nur vorläufig. Anfang 2011 befand sich das Land in einem Bürgerkrieg, der dadurch ausgelöst worden war, dass der Amtsinhaber Laurent Gbagbo seine Niederlage gegen den Herausforderer Alassane Ouattara nicht eingestehen wollte. Mit Hilfe der Vereinten Nationen trugen im anschließenden Bürgerkrieg die Streitkräfte Ouattaras den Sieg davon, so dass der vermutliche Wahlsieger sein Amt antreten konnte. Der neue Präsident steht vor der Herausforderung, die ehemaligen Kriegsgegner zu versöhnen.

Ähnliches gilt für Nigeria (+0,60 Punkte): Das Land profitiert von der deutlich verbesserten Qualität der Wahlen im April 2011. Diese Wahlen gelten als die saubersten in der Geschichte des Landes. Gleichzeitig ist Nigeria aber seit Jahren von Gewalt zwischen Angehörigen verschiedener Religionsgruppen betroffen. Ließ sich der Konflikt zwischen Muslimen und Christen in Zentralnigeria aber auch auf ein ökonomisch-politisches Motivbündel zurückführen – den Kampf um Land und Macht –, so wächst seit spätestens 2009 eine genuin religiöse Bedrohung durch die islamistischen Eiferer der Boko Haram heran. Die Bedrohung durch den extremistischen Islamismus ist nicht nur auf den Sahel beschränkt. Auch in Westafrika wächst die Nervosität.

Noch viel deutlicher wurde der problematische Einfluss von militanten Islamisten in Mali. Die militante Organisation „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQIM) und verwandte Gruppen sind jedoch auch in Nachbarländern wie im Niger oder Mauretanien sowie dem Tschad aktiv. Ihre religiös motivierten Gewaltaktionen mischen sich mit kriminellen Aktivitäten. Gegen eine Vereinbarkeit von Demokratie und (moderatem) Islam spricht weiterhin wenig. Aber die Zeichen mehren sich, dass der militante Islamismus in den nächsten Jahren eine wachsende Herausforderung für die Region und die dortige politische Transformation werden wird, zumal wenn Sicherheitskräfte den Radikalen durch übergroße Härte in die Karten spielen.

Zu der Gruppe der gemäßigten Autokratien zählen jenseits von Mali weitere besonders interessante Fälle. So bewegt sich Kamerun mit 4,08 Punkten nach wie vor so hart an der Grenze zur Autokratie, dass der Mangel an Fortschritt schon als notorisch zu bezeichnen ist. Der betagte Präsident Paul Biya – mit bereits 80 Jahren einer der letzten „Dinosaurier“ unter den Staatschefs Subsahara-Afrikas – macht keine Anstalten abzutreten, hat aber zugleich keine Vorkehrungen für seine Nachfolge getroffen.

Demgegenüber waren in Guinea, Mauretanien und Togo noch vor wenigen Jahren vielversprechende Ansätze zur politischen Transformation zu beobachten, doch wesentlich vorangekommen ist dieses Trio seither nicht. In Mauretanien haben weiter die Militärs hinter den Kulissen das Sagen. Präsident Ould Abdel Aziz selbst ist jener General, der den letzten Putsch von 2008 anführte. In Togo ist hält der

Sohn des langjährigen Diktators Gnassingbé Eyadéma an der Macht fest. Faure Gnassingbé gewann 2010 Präsidentschaftswahlen, die weder frei noch fair waren. Trotz größerer Freiheiten im Vergleich zu Zeiten der Diktatur des Vaters bleibt der Sprung zur Demokratie unvollendet. Guinea war in der letzten Ausgabe des BTI noch ein Aufsteiger der politischen Transformation. Relativ freie und faire Präsidentschaftswahlen führten zum ersten demokratischen legitimierte Präsidenten des Landes und beendeten eine Phase von Turbulenzen, die von Militärherrschaft und ethnischen Spannungen geprägt waren. Seit der Amtseinführung von Alpha Condé hat sich die Lage zwar teilweise verbessert. Ethnische Spannungen dauern aber an. Die eigentlich längst fälligen Parlamentswahlen hätten die Phase der formalen Demokratisierung abschließen sollen. Diese wurden aber immer wieder verschoben, so dass eine notwendige Bedingung für die Einstufung als Demokratie unerfüllt bleibt.

## **Wirtschaftliche Transformation**

### **Nirgends ist die Marktwirtschaft sozial**

**In keiner Region des BTI sind die Armutsraten so hoch, fast alle Länder sind von Rohstoffen abhängig, und nachhaltiges Wachstum ist Mangelware: Vom Erwachen der „afrikanischen Löwen“ kann in West- und Zentralafrika gegenwärtig kaum die Rede sein.**

Der bemerkenswerteste und zugleich betrüblichste Befund erschließt sich bereits auf den ersten Blick: Kein Land in West- und Zentralafrika besitzt eine entwickelte oder zumindest funktionsfähige Marktwirtschaft ohne Defizite. Selbst Ghana, auch im Bereich der wirtschaftlichen Transformation regionaler Vorreiter, hat in vielen Bereichen erheblichen Nachholbedarf, sei es bei der Antiinflation- und Wechselkurspolitik, der Antimonopolpolitik oder beim sozialen Sicherungssystem.

Gerade bei letzterem Indikator zeigt sich flächendeckend ein erschütterndes Bild. In allen 18 Ländern der Region sind soziale Sicherungssysteme bestenfalls rudimentär. Ghana bewegt sich auf dem Niveau von Ländern wie China, Jordanien oder Kosovo, und der regionale Durchschnittswert von 3,17 liegt unterhalb von den Werten, die Länder wie Bangladesch oder Iran erreichen. Zudem ist dieser Wert in den vergangenen acht Jahren noch leicht gesunken. Entsprechend dramatisch sind die Armutsraten: In 15 von 18 Ländern leben laut Angaben der Weltbank mehr als die Hälfte der Bevölkerung von weniger als 2 US-Dollar am Tag, in fast zwei Dritteln der Länder liegt die Armutsrate sogar über 70 Prozent.

Für die Bevölkerung bedeutet dies: Sie ist auf Familien und Klans als informelle Auffangnetze angewiesen. Bisweilen übernehmen auch religiöse Einrichtungen die Aufgabe der sozialen Sicherung. Der Staat scheidet als Garant für sozialen Ausgleich dagegen weitgehend aus. Mit anderen Worten: In der nach wie vor ärmsten Region des BTI ist die Marktwirtschaft nirgends sozial.

Dies heißt nicht, dass es keine Lichtblicke gibt. Dazu gehören etwa die nach wie vor recht ausgeprägte Preis- und makroökonomische Stabilität – nicht zuletzt ein Verdienst der beiden Zentralbanken, die im Rahmen der Währungsunion des CFA-Franc jeweils für West- bzw. Zentralafrika die Geld- und Wechselkurspolitik bestimmen. Auch bei den Wachstumsraten geben mindestens einige Länder Anlass zur Hoffnung, darunter die Côte d'Ivoire und Guinea. In Guinea (+0,75 Punkte in der wirtschaftlichen Transformation) konnten darüber hinaus durch eine Reform der Gesetzgebung Fortschritte im Bergbausektor erzielt werden. Auch das makroökonomische Gerüst der Volkswirtschaft, etwa die Eigentumsrechte oder die Rahmenbedingungen für Privatunternehmen – ist signifikant gestärkt worden. Der Aufwärtstrend der Côte d'Ivoire (+0,54 Punkte) nach dem Ende des Bürgerkriegs ist deutlich, auch wenn die in der ivoirischen Volkswirtschaft dominierende Kakao-Produktion selbst während des Krieges einigermaßen funktionierte.

Als größter Kakao-Produzent der Welt bietet die Côte d'Ivoire zugleich ein Beispiel für die ungebrochene Abhängigkeit fast aller Länder der Region von einem bestimmten Rohstoff. Erdöl wird in der Côte d'Ivoire, Ghana, Kamerun, den beiden Kongos, Mauretanien, Niger und Nigeria gefördert; Nigeria gehört mit über zwei Millionen Fass pro Tag sogar zu den größten Erdölproduzenten der Welt. In der Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Sierra Leone und der Zentralafrikanischen Republik gibt es Diamanten. Togo verfügt über die größten Phosphatreserven der Welt, kein Land ist so reich an Bauxit (das für die Herstellung von Aluminium benötigt wird) wie Guinea, Niger ist

Hauptförderer von Uran. Andere Länder wie Burkina Faso und Mali stützen sich vor allem auf Baumwolle.

Die potentiellen Gefahren solch nicht-diversifizierter Volkswirtschaften liegen auf der Hand: Plötzlicher Reichtum kann andere Exportsektoren zerstören und so die Gesamtwirtschaftsleistung verschlechtern („Holländische Krankheit“). Die Ressourceneinnahmen können eine „Rent-seeking“-Mentalität erzeugen, die Korruption begünstigt und Institutionen schwächt. Länder wie die Demokratische Republik Kongo, Nigeria und die Republik Kongo, die über erhebliche natürliche Ressourcen verfügen, bestätigen diese These vom „Ressourcenfluch“ in der Tat – wobei hier durchaus irdische Mächte am Werk sind. Reichhaltige Vorkommen an Ressourcen benötigen ein kompetentes und integriertes Management. Als ermutigendes Zeichen ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass Ghana, erst seit 2011 Erdölproduzent, sich Rat aus Norwegen geholt hat, das weltweit als Vorbild für intelligentes Ressourcenmanagement gilt. Umso gespannter darf man sein, wie sich der ghanaische Erdölsektor und mit ihm die gesamte Volkswirtschaft in den kommenden Jahren entwickeln werden.

## **Transformationsmanagement**

### **Fast eine Quadratur des Kreises**

**In keiner Region des BTI ist die Konfliktbelastung so hoch wie in West- und Zentralafrika. Erbitterte Gegner zu versöhnen, ist aber nur eine der Herausforderungen für die Regierungen der Region. Häufig mangelt es auch an Gestaltungsfähigkeit und Ressourceneffizienz.**

Mag der kaum veränderte regionale Durchschnittswert auch Stillstand suggerieren, so beweist der Blick auf die Kategorien im Transformationsmanagement das Gegenteil: Nicht weniger als sechs Länder, also ein Drittel der Region, haben im BTI 2014 ihre Zuordnung gewechselt. Um mindestens eine Kategorie abgerutscht sind neben Mali (-2,01 Punkte) auch die Demokratische Republik Kongo, Mauretanien und die Zentralafrikanische Republik, während sich Senegal (+0,66 Punkte) um eine Kategorie verbessert hat. Die Côte d'Ivoire ist mit einer Verbesserung von 2,56 Punkten der regionale Gewinner im Bereich des Transformationsmanagements und steigt um zwei Kategorien auf.

Während dieses Auf und Ab Hinweise auf die Fragilität der regionalen Transformationsprozesse insgesamt liefert, erlaubt der Blick auf einzelne Kriterien Aufschlüsse über strukturelle Spezifika. So zeigt sich, dass die Regierungen West- und Zentralafrikas beim Kriterium Internationale Kooperation ihre durchschnittlich beste Managementleistung aufweisen (6,72 Punkte). Dabei ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass ihnen oft wenige Alternativen bleiben, als externe Hilfe aus dem Westen oder in zunehmendem Maße aus China anzunehmen. Dagegen sind die Gestaltungsfähigkeit (4,63 Punkte) und noch mehr die effektive Ressourcennutzung (4,11 Punkte) Problemkategorien für die Staaten West- und Zentralafrikas.

Das womöglich herausragende Merkmal bildet aber wohl der Schwierigkeitsgrad: Er liegt gegenüber dem BTI 2012 praktisch unverändert bei 7,30 – so hoch wie in keiner anderen Region des BTI. Hoch oder sehr hoch ist dabei die Konfliktbelastung in immerhin zehn Ländern der Region. So sind in Niger Spannungen mit den Tuareg und in Mauretanien zwischen den Nachkommen ehemaliger Sklaven und Sklavenhalter zu beobachten. Aufgrund einer ähnlichen Problemlage wie in Mali ist ein Übergreifen des Tuareg-Konflikts zu befürchten. Islamistische Gewalt, vermischt mit ethnischen Spannungen und kriminellen Aktivitäten, war im Untersuchungszeitraum besonders intensiv in Mali und in Nigeria ausgeprägt. Dass die Religion nicht notwendigerweise den Auslöser des Konflikts bilden muss, sondern als Teil der ethnischen Identität fungieren kann, zeigt die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und auch in der Côte d'Ivoire.

Die Côte d'Ivoire steht zugleich exemplarisch für die Herausforderung der Konsensbildung, das im BTI ein eigenes Kriterium für die Beurteilung von guten Regierungsleistungen bildet. Dabei zeigt sich immer wieder, dass die Herstellung von Vertrauen, das Voranbringen von Transformationszielen und die Einbeziehung aller Akteure – bei gleichzeitiger Aufarbeitung von Verbrechen der Vergangenheit – Fingerspitzengefühl verlangt und manchmal sogar einer Quadratur des Kreises gleichzukommen scheint. Die ivoirische Regierung von Alassane Ouattara sieht sich genau mit dieser Herausforderung konfrontiert. Der Krieg ist gewonnen, die Wunden sind aber noch frisch. Im Idealfall sollten die

Verbrechen auf beiden Seiten aufgearbeitet werden. Die Realität an der Elfenbeinküste sieht anders aus: Während sich der ehemalige Präsident Laurent Gbagbo und seinen Kommandeure vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verantworten müssen, ist Ouattara bei den eigenen Verbrechen weitaus weniger aktiv – jedoch nicht nur aus bösem Willen. Der neue Präsident bleibt auf die Unterstützung seiner Sicherheitskräfte angewiesen, jede nachhaltige Aufklärung könnte ihn schnell das Amt kosten.

Vor einem ähnlichen Dilemma steht Präsident Alpha Condé in Guinea. Einerseits ist eine Reform des Sicherheitssektors dringend notwendig. Die Streitkräfte haben jahrzehntelang die politischen Geschäfte bestimmt und können sich nur schwer an den Gedanken einer Rückkehr in die Kasernen gewöhnen. Andererseits stellt aber jeder Versuch, die volle zivile Kontrolle über die Militärs herzustellen, eine delikate Angelegenheit dar: Auch in Guinea bleibt ein erneuter Militärputsch stets eine äußerst reale Gefahr. Es ist daher kein Zufall, dass die Regierung zwischen Versuchen der Disziplinierung und Appeasement hin und her laviert. So waren durch Korruption und Menschenrechtsverletzungen kompromittierte Offiziere auch im Frühjahr 2014 noch im Amt. Wie schwer es fällt, gegenüber Aufständischen die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, zeigt auch der Blick nach Nigeria. Das Amnestieprogramm für die ehemaligen Rebellen im Niger-Delta hat zu einem Rückgang der Gewalt beigetragen. Gegenüber den Rebellen der Boko Haram hat man zunächst Härte gezeigt. Der Erfolg war begrenzt.

Nicht immer stellen sich die Regierenden freilich solchen Dilemmata. In einer Reihe von Staaten West- und Zentralafrikas geht es den Machthabern weder um den langfristigen Aufbau einer konsensorientierten Demokratie noch einer sozialen Marktwirtschaft. Ihr einziges Ziel ist Machterhalt. Die Paradebeispiele sind allesamt am Ende der BTI-Rangliste zu finden: Idriss Déby im Tschad, Joseph Kabila in der Demokratischen Republik Kongo und Denis Sassou Nguesso in der Republik Kongo.

## **Ausblick**

### **Die Lehren aus Malis Fall**

Während sich die Region West- und Zentralafrika als Ganzes im BTI 2014 kaum verändert präsentiert, zeigt der Blick auf einzelne Länder erhebliche Turbulenzen. Dass die Côte d'Ivoire dabei wieder auf dem Weg zur Erholung ist, gehört zu den erfreulichen Resultaten. Mali dagegen erlebte einen bösen Absturz. Zumindest jedoch könnte dieser Fall einige Lektionen liefern.

Zunächst ist die Qualität von Demokratie und sozial flankierter Marktwirtschaft in Afrika stets in Bezug zu den schwierigen Bedingungen der Transformation zu sehen. Der Fall Mali führt dabei eindringlich vor Augen, dass ein demokratisches System ohne ein sozioökonomisches Fundament sowie eine breite gesellschaftliche Integration über Parteien und Verbände auf tönernen Füßen steht. Eine stabile Demokratie braucht ein gewisses Maß an sozioökonomischer Entwicklung und mehr als einen (latent brüchigen) Elitenkonsens. Zweitens ist in Afrika mit dem Militär als politischem Akteur immer zu rechnen. Militärputsche im Niger und Mauretanien in den zurückliegenden Jahren bekräftigen diese Einschätzung.

Drittens mag der Absturz Malis diejenigen bestätigen, die Islam und Demokratie ohnehin grundsätzlich für unvereinbar halten, nachdem Mali jahrzehntelang als überzeugendes Gegenbeispiel galt. Dies hieße allerdings, den Islam mit seiner extremistischen Variante gleichzusetzen und zu verkennen, wie groß im Falle Malis der Einfluss des Auslands war. Gleichzeitig lässt sich die wachsende Bedeutung eines extremistischen Islamismus in Westafrika nicht leugnen. Er erstreckt sich auf den gesamten Sahel und zeigt auch in Nigeria seine hässliche Fratze. Angesichts der Armut und des Regierungsversagens in vielen Ländern der Region kann eine radikale Ideologie attraktiv wirken – insbesondere wenn sie sich mit lukrativen Aktivitäten wie Schmuggel und Entführungen verbindet.

Die vierte Lehre betrifft die Entwicklungszusammenarbeit. Langfristig immunisiert sie gegen Extremismus nur dann, wenn es gelingt, nachhaltig Wohlstand und soziale Sicherheit zu schaffen. Gleichwohl ist Realismus gefragt. Mehrere Jahrzehnte Entwicklungszusammenarbeit zeigen, dass die Geschicke eines Landes nicht von außen einfach zum Guten gewendet werden können. Kluge

Entwicklungszusammenarbeit – in Afrika und anderswo – unterstützt existierende positive Ansätze; in Notfällen mag sie zudem über das Größte hinweghelfen. Dazu gehört wohl oder übel mitunter auch militärisches Eingreifen, das im Fall Mali notwendig schien.

Schließlich rät der Fall Mali zur Vorsicht im Umgang mit aktuellen und zukünftigen „Musterländern“. In von Problemen gebeutelten Regionen wie West- und Zentralafrika ist der Wunsch nach Modellen und Musterländern groß. Dies birgt die Gefahr, über Defizite großzügig hinwegzusehen. Malis Demokratie war nie perfekt, und nicht nur der BTI wies immer wieder auf erhebliche Defizite bei der Staatlichkeit oder bei Rechtsstaatlichkeit und Parteiensystem ebenso hin wie auf die in den vergangenen Jahren stark nachlassende Fähigkeit der Regierung, ihre Politik wirksam umzusetzen, einen Konsens in der Bevölkerung herzustellen und die bestehenden Konflikte, gerade im Norden des Landes, erfolgreich einzudämmen. Die Gefahr der rosaroten Brille gilt genauso für ehemalige Musterländer wie die Côte d'Ivoire oder Liberia und gilt gegenwärtig vor allem für Ghana. Zweifellos hat Ghana in den vergangenen Jahren viel erreicht, und diese Erfolge werden auch zu Recht gewürdigt. In vielen Bereichen, zum Beispiel der Korruptionsbekämpfung, bleibt indes noch einiges zu tun. Ghana auf seinem Weg zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft zu unterstützen, ist paradoxerweise erst recht angesichts der jüngst entdeckten Erdölreserven eine wichtige Aufgabe. Allzu viele Beispiele auch aus West- und Zentralafrika haben schon gezeigt, wie schwer Transformationsländern ein sozial verträglicher Umgang mit Ressourcenreichtum fällt.